



Energieberatung Mittelstand

Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der gewerblichen Energieberatung in KMU
Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Antragsnummer	131630025880129
Erstellungsdatum	12.06.2013

1. Unternehmensdaten

Firma	Musterfirma GmbH
Straße (Unternehmenshauptsitz)	Teststraße 12
Rechtsform	GmbH
PLZ, Ort (Unternehmenshauptsitz)	14712 Testerhausen
Bundesland (Unternehmenshauptsitz)	Brandenburg
Untersuchungs-/ Beratungsstandort (bitte beachten Sie Punkt 6 unter der Erklärung des Antragstellers)	<input checked="" type="checkbox"/> Untersuchungsort der Beratung ist der Unternehmenshauptsitz.
	<input type="checkbox"/> Untersuchungsort der Beratung ist die nachfolgend genannte Niederlassung/Betriebsstätte.
Straße (wenn nicht Unternehmenshauptsitz)	
PLZ, Ort (wenn nicht Unternehmenshauptsitz)	
Branche	Eisen-, Blech- u. Metallwaren sonst.
Anzahl der Arbeitsplätze zum Zeitpunkt der Antragstellung	5
(konsolidierter) Umsatz im letzten Geschäftsjahr in Euro	100.000,00
Gründungsdatum/Aufnahme der selbständigen Tätigkeit	01 (Tag) 01 (Monat) 2000 (Jahr)
Bei dem Untersuchungsstandort handelt es sich um eine Produktionsstätte	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Die gewerblich genutzten Räumlichkeiten am Untersuchungsstandort befinden sich in einem Gebäude, dass mehrheitlich zu Wohnzwecken genutzt wird	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ansprechpartner/Vertretungsberechtigter	Mustermann, Dirk
Funktion des Antragstellers/Vertretungs- berechtigten im Unternehmen	geschäftsführender Gesellschafter
Telefonnummer	0123-123456
E-Mail-Adresse	

2. Zuschussdaten Initialberatung (bitte NUR Nr. 2 ODER Nr. 3 ankreuzen)

- Ich/Wir beantrage(n) einen Zuschuss zu den Beratungskosten für eine **Initialberatung** in Höhe von 80 % bezogen auf die förderfähigen Beratungskosten. Mir/uns ist bekannt, dass die maximale Bemessungsgrundlage 1.600 Euro (Netto-Beraterhonorar) beträgt.

3. Zuschussdaten Detailberatung (bitte NUR Nr. 2 ODER Nr. 3 ankreuzen)

- Ich/Wir beantrage(n) einen Zuschuss zu den Beratungskosten für eine **Detailberatung** in Höhe von 60 % bezogen auf die förderfähigen Beratungskosten. Mir ist bekannt, dass die maximale Bemessungsgrundlage 8.000 Euro (Netto-Beraterhonorar) beträgt.
- Ich/Wir habe(n) bereits die Initialberatung in Anspruch genommen. Der Abschlussbericht Initialberatung liegt bereits dem Regionalpartner oder der KfW vor.
- Ich/Wir habe(n) noch keine Initialberatung in Anspruch genommen.

Sofern das Antrag stellende Unternehmen nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, kann auch die auf das Beratungshonorar entfallende Mehrwertsteuer im Rahmen der maximalen Bemessungsgrenze von 1.600 Euro bzw. 8.000 Euro mitgefördert werden. **Ein entsprechender Nachweis über die Nichtvorsteuerabzugsberechtigung ist spätestens mit Einreichung der Abrechnungsunterlagen vorzulegen.**

4. Energetische Ausgangssituation am Untersuchungsstandort

4.1 Energiebezug und Energiekosten (Pflichtangabe für Beantragung Initial- und Detailberatung)

Jährlicher betrieblicher Energiebezug/ jährliche betriebliche Energiekosten	600,00	MWh/a	6.000,00	Euro
davon Strombezug	400,00	MWh/a	4.000,00	Euro
Brennstoffbezug	200,00	MWh/a	2.000,00	Euro
Fernwärmebezug	100,00	MWh/a	1.000,00	Euro

4.2 Kurze Beschreibung des Untersuchungsgegenstands (Pflichtangabe für Beantragung Detailberatung)

Die Heizungsanlage soll untersucht werden

5. Anerkennung des Merkblatts und der Richtlinie

- Ich/wir bestätige(n), dass ich/wir das Merkblatt "Energieberatung Mittelstand" (Bestellnummer 600 000 2361) und die Richtlinie über die Förderung von Energieberatungen im Mittelstand einschließlich ggf. bestehender Richtlinienänderungen jeweils in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung anerkenne(n).
- Ich/wir bestätige(n), dass dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), dem Bundesrechnungshof und der KfW oder deren Beauftragten Auskunfts- und Prüfungsrechte eingeräumt werden.

6. Erklärung des Antragstellers

Hiermit versichere ich/versichern wir, dass

- (a) ich/wir vertretungsberechtigt für das Antrag stellende Unternehmen bin/sind.
- (b) sich das Antrag stellende Unternehmen mehrheitlich im Privatbesitz befindet und die KMU-Kriterien der EU-Kommission erfüllt (siehe KfW-Merkblatt zur KMU-Definition der EU (Bestellnummer 600 000 0196)).
- (c) der Unternehmenszweck des Antrag stellende Unternehmen nicht die landwirtschaftliche Primärerzeugung oder die Fischerei oder Aquakultur ist und das Antrag stellende Unternehmen nicht dem Sektor "Steinkohlebergbau" zugehörig ist.
- (d) keine Rückforderungsanordnungen aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit der Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt vorliegt, deren ich/wir nicht Folge geleistet habe(n).
- (e) für diese beantragte Energieberatung Mittelstand keine andere Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beantragt wird bzw. wurde und die finanziellen Eigenmittel **nicht** aus öffentlichen geförderten Mitteln anderer Fördermaßnahmen oder von einem Dritten (insbesondere dem beauftragten Berater) herrühren.

- (f) die Summe der jährlichen Netto-Energiekosten am Untersuchungs-/Beratungsstandort (siehe Ziffer 1 "Unternehmensdaten") gemäß der letzten Energiekostenabrechnung für einzelne Energieträger (Strom, Brennstoff, Fernwärme) mehr als 5.000 Euro betragen hat.
- (g) sofern das Gebäude des Untersuchungs-/Beratungsstandortes, in dem sich meine/unsere gewerblichen Räumlichkeiten befinden, überwiegend - d. h. zu mehr als 50 % der Gebäudefläche - zu Wohnzwecken genutzt wird, die energetische Untersuchung der Gebäudehülle (Dach, Außenwände/Fassade, Kellerdecke, Fenster) sowie zentraler Versorgungsanlagen nicht Gegenstand einer über die Energieberatung Mittelstand geförderten Beratungsleistung sein wird.
- (h) eine Initialberatung nicht mehr nach Inanspruchnahme der Detailberatung beantragt wurde.
- (i) ich/wir keinen Berater bzw. keine Beraterin beauftrage(n), der/die in einem abhängigen Arbeitsverhältnis zu mir bzw. dem Antrag stellenden Unternehmen steht.
- (j) nicht förderfähige Beratungsleistungen durch das Antrag stellende Unternehmen selbst zu finanzieren sind und im Falle von nachträglich gewährten Rabatten oder Nachlässen diese in der Beraterrechnung separat ausgewiesen werden.

Daneben versichere ich/versichern wir, dass das Antrag stellende Unternehmen kein Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. C 244 Seite 2 vom 01.10. 2004; siehe KfW-Merkblatt "Unternehmen in Schwierigkeiten" Bestellnummer 600 000 0193) ist.

Mir/uns ist bekannt, dass die Angaben unter Ziffer 1 bis 5 und Ziffer 6 "Erklärung des Antragstellers" sowie die Angaben in der Anlage "De-minimis"-Erklärung als subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 und § 3 Subventionsgesetz gelten.

Mit der Zusage der KfW kommt ein privatrechtlicher Vertrag zwischen dem Antragsteller und der KfW zustande. Die KfW kann aus wichtigem Grund von diesem Vertrag zurücktreten. Ein wichtiger Grund für einen Rücktritt ist insbesondere gegeben, wenn

- die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind,
- der Abschluss des Vertrags durch Angaben des Antrag stellenden Unternehmens zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
- das Antrag stellende Unternehmen seinen Verpflichtungen im Rahmen dieses Förderprogramms nicht nachkommt.

Im Falle eines Rücktritts der KfW vom Vertrag ist das Antrag stellenden Unternehmen zur Rückzahlung des Zuschusses inklusive dessen Verzinsung in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz der Bundesbank nach § 247 BGB verpflichtet. Die Rückforderungsregeln nach §§ 48, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) gelten analog. § 48 Absatz 4 VwVfG findet keine Anwendung.

Das Antrag stellende Unternehmen ist verpflichtet, der KfW unverzüglich anzuzeigen, wenn

- vor Abschluss der Beratung weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen - oder sonstigen Dritten - beantragt oder erhalten wurden,
- der Verwendungszweck oder sonstige für den Abschluss des Vertrags maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der zugesagten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Antrags stellenden Unternehmens und über mein Vermögen als Inhaber einer juristischen Person beantragt oder eröffnet wird.

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Unternehmens

7. Einwilligung zur Datenverarbeitung

Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung

Mir ist bekannt, dass die KfW und der von mir - **aus allen regionalen Ansprechpartnern - für die Abwicklung meiner Beratungsförderung zuständige Regionalpartner** berechtigt sind, Daten zum Zwecke der Bewilligung und Durchführung der Beratungsförderung zu erheben, zu verarbeiten, zu nutzen und einzusehen. Hierzu zählen folgende Daten/Informationen:

- alle mündlich oder im Rahmen des Antrags inklusive seiner Anlagen schriftlich mitgeteilten - personenbezogenen und sachlichen Daten
- die Entscheidungen bezüglich der Inanspruchnahme der Maßnahme sowie die anfallenden Beratungsprojektdaten
(z. B. die zugesagten Tagewerke, den Status der Beratungsmaßnahme)

Datenübermittlung an die beteiligten öffentlichen Stellen

Mir ist bekannt, dass die KfW und der ausgewählte Regionalpartner berechtigt sind, die Daten allen an der Durchführung des Beratungsförderangebots **beteiligten Stellen auf Bundes- und Europaebene** offen zu legen. Darüber hinaus bleibt die Verpflichtung der KfW zur Wahrung des Bankgeheimnisses unberührt.

Datennutzung zwecks Auskunftserteilung zur Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen

Mir ist bekannt, dass die KfW, der zuständige Regionalpartner und alle an der Durchführung des Beratungsangebots beteiligten öffentlichen Stellen sowie ggf. beauftragte Dritte (etwa Marktforschungsinstitute) berechtigt sind, die Daten zum Zwecke von Erhebungen zur Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen zu nutzen. Ich erkläre mich in diesem Zusammenhang damit einverstanden, dass ich nach Abschluss der Maßnahmen kontaktiert werden kann und Auskunft gebe.

Elektronische Übermittlung der Benachrichtigungen über die Beratungsförderung und gegebenenfalls das Ergebnis der Prüfung des Beratungsvertrags

Mir ist bekannt, dass die KfW, sofern sie ein System zum Versand von elektronischer Post (E-Mail) eingerichtet hat, mir und dem von mir ausgewählten Regionalpartner sämtliche Informationen zur Abwicklung des beantragten Beratungsprodukts mittels unverschlüsselter E-Mail zusendet.

Ablehnung

Mir ist bekannt, dass eine Bearbeitung meines Antrags und damit eine Beratungsförderung nicht möglich ist, wenn die vorstehenden Teilerklärungen ganz oder in Teilen verweigert werden.

Datennutzung zwecks Marktforschung über die Abwicklung des Beratungsförderangebots

Ich erkläre mich **widerruflich** damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten (insbesondere Name, Institution, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) durch die KfW und beauftragte Dritte (etwa Marktforschungsinstitute) zu Zwecken der Marktforschung **über die Abwicklung des Beratungsförderangebots genutzt werden können**.

Ich erkläre mich in diesem Zusammenhang **ebenfalls widerruflich** damit einverstanden, dass ich nach Abschluss der Maßnahmen per

- Brief
- Telefon
- E-Mail

kontaktiert werden kann und ich zu Zwecken der Erfolgskontrolle des Beratungsförderangebots, beispielsweise zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit und Akzeptanz, Auskunft gebe.

Die Abgabe dieser Erklärung erfolgt freiwillig und kann jederzeit bei der KfW, PB e - Zuschussprogramme Förderung Inland, Charlottenstraße 33/33 a, 10117 Berlin widerrufen werden.

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Unternehmens

"De-minimis"-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für "De-minimis"-Beihilfen
Anlage zum Kredit-/Beratungs-/Beteiligungsantrag

Antragsteller/Unternehmen ¹⁾: Musterfirma GmbH

Investitionsort: _____

Das Unternehmen ist im Bereich des Straßentransportsektors tätig: JA NEIN

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren:

keine
folgende

Beihilfen erhalten habe / hat:

- Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. L 379/5 vom 28. Dezember 2006 (im Folgenden „De-minimis“-Beihilfen genannt)
- Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 114/8 vom 26. April 2012 (kurz: „DAWI-De-minimis“-Beihilfen) sofern diese in Summe einen Beihilfenswert von mehr als 300.000 Euro aufweisen (**bitte nur den 300.000 Euro übersteigenden Betrag angeben**)

Datum des Bewilligungsbescheids/der Zusage	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Beihilfenswert in EUR

Mir / uns ist bekannt, dass diese Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist. Ich verpflichte mich, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers ¹⁾

¹⁾ Beieteiligungsprogrammen ist die Anlage vom Beteiligungsnehmer, bei Contracting-Vorhaben i. d. R. vom Contracting-Geber auszufüllen und zu unterschreiben.